



Niederschrift 32. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 25.08.2022
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:34 Uhr
Ort, Raum: Bildungsforum, Vortragssaal Volmer+Süring, Am Kanal 47, 14467
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Leon Troche	SPD	anwesend bis 17:45 Uhr
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthias Kaiser	CDU	anwesend ab 16:40 Uhr
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	anwesend bis 19:20 Uhr
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freier Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Anke Dreier-Horning	SPD	
Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	anwesend ab 16:32 Uhr; abwesend ab 19:12 Uhr

beratende Mitglieder

Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat
Frau Katrin Hayn	Gesundheitsamt

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Geschäftsbereichsleitung 2
-------------------	----------------------------

Fach-/Bereichsleitende

Frau Annegret Lauffer	Fachbereichsleitung 23
Herr Robert Pfeiffer	Fachbereichsleitung 23

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann SPD entschuldigt

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE entschuldigt
Frau Madeleine Floiger Freie Demokraten entschuldigt
Frau Ute Parthum anerkannte freie Träger entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Karina Berg HVD Potsdam e.V. entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs Katholische Kirche entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
16.06.2022

- 3 Geschäftsordnungsantrag durch Herrn Reimann zur Anpassung der
Reihenfolge der Tagesordnungspunkte des Jugendhilfeausschusses

- 4 Wahl einer Nachfolge für Matthias Kaiser zur Vertretung in der
Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII HZE

- 5 Offener Brief zur Situation des Jugendhilfeprojektes FAIR

- 6 Informationen des Jugendamtes

- 6.1 Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge
Menschen verbessern gem. 22/SVV/0201

- 6.2 Aktueller Sachstand einheitliche Elternbeitragsordnung

- 6.3 Information bzgl. Kita-Beiträge bei Personalausfall gem. 22/SVV/0161

- 6.4 Gremienstruktur

- 6.5 Interessenbekundungsverfahren Jugendclub Bornstedter Feld

- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 8 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 9 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, ist für die Sitzung entschuldigt.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.06.2022

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **11 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Sie informiert zur Tagesordnung darüber, dass, sofern die Mitglieder positiv für den Geschäftsordnungsantrag unter Tagesordnungspunkt 3 „Geschäftsordnungsantrag durch Herrn Reimann zur Anpassung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte des Jugendhilfeausschusses“ votieren, die Änderung bezüglich der Tagesordnung bereits ab dieser Sitzung gelten werde.

Frau Dr. Müller stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihr zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Sie merkt an, dass ein Antrag auf Rederecht für den Tagesordnungspunkt 5 „Offener Brief zur Situation des Jugendhilfeprojektes FAIR“ für Herrn Felix Hoffmann, Geschäftsführer des USV Potsdam vorliege. Dieser wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Sie bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 16.06.2022. Zu der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

zu 3 Geschäftsordnungsantrag durch Herrn Reimann zur Anpassung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte des Jugendhilfeausschusses

Frau Dr. Müller bringt den Geschäftsordnungsantrag im Namen von Herrn Reimann ein:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen, dass die Berichte des Jugendbüros sowie des Kreisschülerrats vorgezogen und künftig stets als Tagesordnungspunkt 3 geführt werden.

Sie stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 8 „Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat“ wird demnach in dieser Sitzung nach Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen.

zu 4 Wahl einer Nachfolge für Matthias Kaiser zur Vertretung in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII HzE

Herr Kaiser legt sein Amt als Vertreter des Jugendhilfeausschusses in der AG 78 HzE nieder und möchte einen Nachfolger bestimmt wissen.

Frau Dr. Müller erläutert, dass es sich nicht um eine Wahl handelt, sondern um eine Entsendung. Weiterhin wurde im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 18.08.2022 darauf hingewiesen, dass Herr Otto wie gehabt den Jugendhilfeausschuss vertrete und nicht zwei Vertreter notwendig seien. Sie fragt ab, ob es trotzdem einen Freiwilligen gebe. Es gibt keine Rückmeldungen.

Herr Kaiser ergänzt, dass er empfiehlt einen zweiten Vertreter zu entsenden, da auch Herr Otto seine Teilnahme nicht immer sicherstellen könne. Weiterhin sei die Relevanz der Arbeitsgemeinschaft und ihr Handeln aus seiner Sicht enorm hoch.

Frau Dr. Müller schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass sich jederzeit ein weiterer Freiwilliger zur Teilnahme melden könne.

zu 5 Offener Brief zur Situation des Jugendhilfeprojektes FAIR

Herr Felix Hoffmann, Geschäftsführer des USV Potsdam, stellt das Projekt anhand eines Imagevideos (<https://vimeo.com/348400692/e0a84945f4>) und Schaubildes vor (**Anlage 1**). Man fordere eine Vollzeitstelle durch die Landeshauptstadt Potsdam, da das Projekt ansonsten nicht fortzusetzen sei.

Frau Aubel bedankt sich für die Darstellung. Die Verwaltung bewerte das Projekt als zielführend und bereichernd für die Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam. Nichtsdestotrotz verweist sie auf die angespannte Haushaltslage.

Frau Dr. Müller schließt an, dass man seitens der Politik und im Jugendhilfeausschuss im Zuge der Haushaltsdiskussionen versuchen wird, die Bereitstellung der finanziellen Mittel sicherzustellen.

zu 6 Informationen des Jugendamtes

zu 6.1 Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern gem. 22/SVV/0201

Frau Gabriele Kosel, AGL 4715 Straßenreinigung/Winterdienst, berichtet zum aktuellen Sachstand bezüglich der Bearbeitung der Prüfung der Drucksache (**Anlagen 2 bis 5**).

Frau Schultheiss bittet darum, dass das Thema aufgrund seiner Wichtigkeit weiterhin bilateral sowie regelmäßig im Jugendhilfeausschuss besprochen werde und bittet um Wiedervorlage. Frau Kosel sagt dies voraussichtlich für das 2. Quartal 2023 zu.

zu 6.2 Aktueller Sachstand einheitliche Elternbeitragsordnung

Frau Aubel informiert zum aktuellen Sachstand. Sie dankt allen Teilnehmern der letzten Treffen, welche in kleinerer, aber konstruktiver Runde stattgefunden hätten. In der 2. Runde habe man einen Vorschlag entwickelt, der grundsätzlich der Prämisse, für das Gros der Potsdamer Familien einheitliche und rechtssichere Elternbeiträge abzusichern, sehr nah komme. Weiterhin sei keine überdurchschnittliche Belastung des Haushaltes sichergestellt. Dieses Modell habe man den Trägern mit einer Beitragstabelle mit der Bitte um fristgerechte Rückmeldung zur Verfügung gestellt. Auf Basis dieser Rückmeldungen werde dann offiziell ein konkreter Vorschlag unterbreitet. In der Septembersitzung des Jugendhilfeausschusses werde eine weitere Information folgen, welche auch vorab in die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Kita eingespeist werde und dann voraussichtlich als Beschluss in die Stadtverordnetenversammlung am 09.11.2022 münde. Im Zuge dessen werde natürlich auch eine Vorbehandlung im Jugendhilfeausschuss (voraussichtlich 24.11.2022) erfolgen.

PAUSE 18:10 – 18:25 Uhr

zu 6.3 Information bzgl. Kita-Beiträge bei Personalausfall gem. 22/SVV/0161

Herr Pfeiffer informiert zum aktuellen Sachstand.

Zum einen wurde man mit dem Antrag beauftragt, die pandemiebedingte Nichterfüllung des Rechtsanspruches zu prüfen und die bisher ablehnende Haltung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) zu betrachten. Hierzu habe man in der Landeshauptstadt Potsdam juristisch überprüft, wie die Rechtsauffassung des MBS angreifbar sei. Ein wesentlicher Punkt sei, dass die Träger die Betreuung sicherzustellen haben. Dies ergehe als Pflicht gegenüber den Eltern bzw. Kindern aus dem Betreuungsvertrag. Auch Corona sei eine Erkrankung und der Sicherstellungsauftrag damit gegeben. Vertragliche Bindungen seien zu erbringen. Man sei im Zuge der juristischen Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass man sich der Rechtsauffassung des MBS anschließe.

Zum anderen lautete der zweite Prüfauftrag gegen die Rechtsauffassung des MBSJ als Landeshauptstadt Potsdam juristisch vorzugehen. Der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport empfiehlt nach der Prüfung diesen Schritt nicht zu gehen. Bevor die Landeshauptstadt Potsdam gegen die Rechtsposition des Landes vorgehe, müsste aus der Einschätzung der Rechtslage hervorgehen, dass eine solche Vorgehensweise in irgendeiner Weise Aussicht auf Erfolg habe. Das werde aktuell nicht gesehen. Man schließe sich der Rechtsauffassung des MBSJ an und werde nicht juristisch vorgehen.

Frau Frenkler ergänzt, dass laut Bürgerlichem Gesetzbuch Eltern keine Beiträge zahlen müssten, sofern eine Leistung durch den Träger nicht erbracht werde und Eltern diese nicht in Anspruch nehmen könnten. Privatrechtlich organisierte Träger der Kitas hätten andere rechtliche Voraussetzungen. *(Ergänzung von Frau Frenkler nach Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift in der Sitzung vom 20.10.2022)*

zu 6.4 Gremienstruktur

In der Herbst-Klausur des Jugendhilfeausschusses 2020 stellte Frau Auel die Fülle an Gremien in Frage sowie deren Wirksamkeit und Effizienz. So sollte auch auf Grund einzusparender Arbeitszeitressourcen in der Verwaltung über die Notwendigkeit unter anderem der Regional-Arbeitsgemeinschaften befunden werden. Deren Weiterarbeit sollte zunächst ohne die in 2021 anstehenden Neuwahlen erfolgen. Seit die Regionale Jugendhilfe ihre weitere Mitwirkung aufgrund fehlender Arbeitszeitkapazitäten absagte, ruht im Wesentlichen die Arbeit der Regionalen-Jugendhilfe-Arbeitsgemeinschaften (ca. ab Mitte 2021). Wenn der Status einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII (der ist mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses letztmalig in 2012 erteilt worden) erfüllt sein soll, muss der Öffentliche Träger der Jugendhilfe (die Verwaltung) mitwirken.

Mit der Entwicklung einer neuen Gremienstruktur wurde die Arbeitsgemeinschaft Strategie, Bildung, Jugendhilfe des Fachbereiches 23 beauftragt. Die erste Vorstellung einer neuen Strukturidee im Jugendhilfeausschuss erfolgte am 18.03.2021. Die Vertretungen freier Träger wünschten sich in der Diskussion dazu die Befragung der aktuellen Gremien nach § 78 SGB VIII, um auch deren Meinungen und Vorstellungen zum Verwaltungsvorschlag mit zu berücksichtigen. Daraufhin wurde dieser von April bis Juni 2021 in allen sechs Arbeitsgemeinschaften der Jugendhilfe (drei Fach-Arbeitsgemeinschaften und drei Regional-Arbeitsgemeinschaften) vorgestellt. Im Sommer 2021 wurden alle Fakten und Erfordernisse abgewogen und die Gremienstrukturübersicht der Verwaltung angepasst. Die Notwendigkeit eines sozialräumlichen Podiums war unstrittig, allerdings die Durchführbarkeit von Sozialraumforen noch nicht konkret mit den dafür notwendigen Rahmenbedingungen (und personellen Ressourcen) unterfüttert.

Im Zuge des Arbeitsstarts der neuen Fachbereichsleitung waren Abstimmungen notwendig, um ihre fachlichen Vorstellungen zur Gremienarbeit mit aufzunehmen. Parallel wurde das neue SGB VIII (mit Wirkung zum 10.06.2021) analysiert, das (anders als die Vorversion) nun auch das Wort „Sozialraumorientierung“ ganz konkret berücksichtigt. Damit wird die sozialräumliche Arbeit vom Gesetzgeber

als notwendige Methode in der Jugendhilfe deutlich manifestiert.

Nach drei Befassungen mit der Entwurfsfassung der Jugendhilfe-Gremienstruktur (auf Anregung und Mitwirkung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung) in Sonderterminen (Mai, Juni und Juli 2021) unter Einbindung weiterer Akteure der freien Jugendhilfelandchaft einigte sich die Verwaltung mit dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung auf eine Struktur. Frau Lauffer stellt diese vor (**Anlage 6**).

Im nächsten Schritt seien für die Regional-Arbeitsgemeinschaften (neue Titel gesucht!) als „regionale Jugendhilfe-NETZWERKE“ Geschäftsordnungen zu entwickeln, die die Kooperation im Konkreten regeln werden. Dabei sei auch die Kommunikation und Kooperation der Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke untereinander zu beschreiben.

Eine Testphase für ein Jahr wird avisiert und soll mit einer Evaluation beendet werden.

zu 6.5 Interessenbekundungsverfahren Jugendclub Bornstedter Feld

Frau Lauffer informiert, dass 06.07.2022 die Veröffentlichung des Aufrufs zur Interessenbekundung per E-Mail an alle Potsdamer anerkannten Träger der freien Jugendhilfe erfolgt sei. Bis zum 07.08.2022 sei fristgerecht der Eingang von drei Bewerbungen zu verzeichnen gewesen. Am 12.08.2022 habe die 1. (konstituierende) Sitzung der Prüfkommision stattgefunden, welche sich aus Frau Tietz (Vertreterin des Jugendhilfeausschusses), Herr Dr. Lucic und Herrn Becker (jeweils Verwaltung, Arbeitsgruppe Strategie, Bildung und Jugendhilfe) zusammensetze. Am 19.08.2022 habe die 2. Sitzung der Prüfkommision stattgefunden, um sich zu Auffälligkeiten, Verständnis- und offenen Fragen für die Bewerberanhörung am 02.09.2022 auszutauschen. Weiterhin sei die Ablaufplanung der Bewerberanhörung erfolgt und die Einladung der drei Bewerberinnen zur Anhörung einschließlich Klärungs- und Erläuterungs- bzw. ergänzender Informationsbedarfe ergangen. Mit der 3. Sitzung der Prüfkommision am 02.09.2022 habe die Anhörung der drei Bewerberinnen stattgefunden. Es erfolgte eine abschließende individuelle Bewertung der drei Bewerbungen durch die drei Prüfkommisionsmitglieder und die Feststellung und Bestätigung des Prüfergebnisses. Am 29.09.2022 solle die Vorlage des Prüfkommisionsergebnisses zur Entscheidung durch den Jugendhilfeausschuss gehen. Für die 40. Kalenderwoche sei die Information der drei Bewerberinnen über das Prüfergebnis geplant.

zu 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 18.08.2022.

Im Rückblick auf den Jugendhilfeausschuss am 16.06.2022 wird an den Brief mit dem Beschluss zur Kitarechtsreform der Stadtverordnetenversammlung, der an das Land geschickt wurde, erinnert. Dieser sollte an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses per E-Mail übersandt werden. Weiterhin bittet Herr

Ströber erneut um Rücksprache mit der Verwaltung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zum Teilkonzept INSOFA. Herr Kelch, Kinderschutzkoordinator, sei jedoch momentan nicht im Dienst und es gebe Unklarheiten zur weiteren inhaltlichen Zuständigkeit für diese Thematik. Es sei eine verwaltungsinterne Zuständigkeit zu klären, da die Ausschreibung bewerbungslos geblieben sei. Ein weiteres Thema sei die zu geringe Stärke der Mitarbeiterschaft in den Regionalteams gewesen. Wenn man sich an der Bundesempfehlung von 35 Fällen pro Sozialarbeitenden orientiere, würden ca. 5 Stellen pro Regionalteam fehlen. In Bezug auf das Konzept der Integrationsschulsozialarbeit fragt der Unterausschuss, ob die Stellen besetzt worden seien und alle zwei Schulen bedacht wurden und bittet um Information in der Sitzung. Dazu müsse man sich auch im zuständigen Fachgremium, der Lenkungsgruppe Schule Jugendhilfe, verständigen. Außerdem sei die Thematik Schulsozialarbeit an Schulen in freier Trägerschaft zu behandeln.

Zum Thema Kommunikation und Beteiligung habe man sich zu Konzeptprüfungen ausgetauscht. Jeweilige Zeitschienen der Konzepterstellung könnten dem Unterausschuss zur Verfügung gestellt und beraten werden. Man sollte zwei Stufen in die Konzepterstellung einbauen – die Expertenbegleitung und Basisbefragung. Teilweise sollten auch Pläne bzw. Konzepte gebündelt werden, da sich Themen doppeln würden (zum Beispiel befänden sich Maßnahmen zu Kinderarmut in vielen Fachkonzepten). Eine Konzeptstellungsübersicht werde aktuell in der Arbeitsgruppe Strategie, Bildung und Jugendhilfe erarbeitet und dem Unterausschuss demnächst zur Verfügung gestellt.

Aus dem Sonder- Unterausschuss wurde der Verwaltung das Ergebnis zur neuen Gremienstruktur vorgelegt und diesem zugestimmt. Laut neuem SGB VIII sei die Sozialraumorientierung unabdingbar sicherzustellen. Unzureichende Kommunikation zwischen den freien und dem öffentlichen Träger solle auf diesem Wege verbessert werden. Detailklärungen stünden noch aus. Auch die Kommunikation zwischen Facharbeitsgemeinschaften und Regionalgruppe sei noch zu verabreden und zu verschriftlichen. Eine Evaluation nach einem Jahr wäre empfehlenswert.

AG Kita

In einer Sondersitzung habe man besprochen, dass das Projekt „Inklusion jetzt!“ zeitnah umzusetzen sei und man bezüglich der Energie- und Gasmangellage in Vorbereitung der Trägerberatung sei.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 1

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 2

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 3

Die AG hat nicht getagt.

zu 8 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat (neu TOP 3 neu)

Frau Buhr berichtet zum Beteiligungsprojekt Nuthepark sowie zum Jugendforum am 24.06.2022. Zu beidem werde man den Mitgliedern weitere Informationen per E-Mail zukommen lassen.

Herr Bulgrin fragt, wie sich die aktuellen Einsparungsmaßnahmen auf die öffentlichen Schulen auswirken werden. Frau Aubel antwortet, dass es keine einschneidenden Einschränkungen an den Schulen geben wird. Auch der Schwimmunterricht laufe weiter, weil dieser pflichtig sei. Allerdings müsse man die Dynamik der nächsten Monate beobachten und gegebenenfalls agieren. Momentan mache das Land Brandenburg eine Abfrage bei den Schulen, um bestmöglich vorbereitet zu sein.

zu 9 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass man zur einheitlichen Elternbeitragsordnung die 2 Modelle in den von ihnen bereits erwähnten Beitragsrechner eingepflegt habe, um im Ergebnis zu sehen, was diese für die Eltern bedeuten würden. Man werde merken, dass bei der Hälfte der Träger die Kosten steigen werden. Bezüglich der Kitarechtsreform berichtet er im Namen des Kita-Elternbeirates, dass es ein Bündnis von Verbänden auf landes- und regionaler Ebene und auch viele Aktionen dazu gebe. Es sei ein Kitagipfel für den 12.09.2022 geplant, um auf die gesellschaftliche Relevanz der Kitas aufmerksam zu machen. Man starte zunächst mit einer kleinen Runde, welche dann ausgebaut werden solle. Am 14.09.2022 finde eine Trägerdemo zu dem Thema statt. Abschließend fragt er, warum der Kita-Elternbeirat nicht zur Sondersitzung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Kita eingeladen gewesen worden sei.

zu 10 Sonstiges

Herr Pfeiffer berichtet, nach **Anfrage von Herrn Otto im Unterausschuss Jugendhilfeplanung**, zu folgenden Punkten:

1. Anfrage Frau Krönes zu erhöhtem Verpflegungsmehraufwand (Bericht der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII HzE im Jugendhilfeausschuss am 16.06.2022)

Man sei zu den Inflationsentwicklungen bereits im Gespräch gewesen und für

den 27.09.2022 seien zwei weitere Treffen mit den freien Trägern geplant.

2. Frau Frenkler erwartet Sachstand zur Umsetzung der Zeitschiene des Gutachtens zur fehlerhaften Berechnung von Kitabeiträgen

Am 01.09.2022 werden die letzten beiden Interviews stattfinden. Aktuell sei der Gutachter in der Berichtsphase. Das Ziel sei weiterhin den Bericht im 4. Quartal 2022 vorzulegen.

Herr Kaiser bittet darum im nächsten Jugendhilfeausschuss am 29.09.2022 einen aktuellen Sachstand zu den **Sprachkitas** zu geben.

Frau Dr. Müller bittet darum zukünftig **Themen für den Tagesordnungspunkt „Sonstiges“** bereits zu Beginn der Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 2 „Feststellung der öffentlichen Tagesordnung“ bzw. vor der Sitzung per E-Mail bei der Ausschussbetreuerin anzumelden.